

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M. bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M. für einen Monat 6.— M. Bestellgeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf. Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4598. — **Postkontonr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693 — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7zeilrige Kolonellselle oder deren Raum 1.80 M. bei Blauwörterdr. 2.30 M. Familienanzeigen die 7zeilrige Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonellselle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Vorkantaten entgegen

## Am Todestage Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs demonstriert Leipzigs Arbeiterschaft!

### Aus dem Münchener Mordsumpf. Prozeß Pracher und Genossen.

München, 15. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach zweitägigen Verhandlungen wurden in dem Prozeß gegen Pracher und Genossen wegen Verrats militärischer Geheimnisse vier Angeklagte freigesprochen, Pracher wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu einem Jahr Gefängnis, ein anderer wegen verletzter Erpressung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten waren beschuldigt, geheime Waffenlager an die Entente-Kommission verraten zu haben. Die gleiche Angelegenheit befaßte den bayerischen Landtag bereits im November 1920 und die Verhandlung führte zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der feststellen sollte, ob bei der Polizei eine Organisation zur Beseitigung von Menschen befehligt, die Waffen an die Entente verraten. Die Polizei gab sich damals all Mühe, den Sachverhalt zu verheimlichen, was ihr auch teilweise gelang. In dem Prozeß zeigte sich mit aller Deutlichkeit, daß die Angeklagten von der Polizei benützt und bezahlt, nachher aber dem Staatsanwalt ausgeliefert wurden. Die Aufträge neben der Angeklagten waren deutsche Offiziere und Polizeibeamte, die Waffenschließungen machten. Einer dieser Offiziere, Oberleutnant Schweitzer, ist verhaftet worden und soll sich in Budapest aufhalten. Er steht unter dem Verdacht des Mordes. Ein Teil der Zeugen hat, wie im Gerichtssaal festgestellt wurde, gegen das Entwaffnungsgesetz verstoßen und sich strafbar gemacht. Ein anderer Zeuge, ebenfalls ein Offizier, ließ sich im Gerichtssaal von der Verteidigung den Vorwurf des Mordes gefallen, ohne sich zu rechtfertigen. Die eigentlichen Drahtzieher der Waffenschließungen in München blieben im Hintergrund, das Gericht konnte dafür, daß diejenigen Zeugen, die den stehenden Dukt in der Münchener Kommission aufdecken konnten, nicht vernommen wurden. Die Vernehmung wurde abgebrochen, bevor das Gericht ein Verbot von dem wahren Sachverhalt haben konnte. Der ganze Prozeß, der zur Aufklärung der dunklen Angelegenheit beitragen sollte, diente letzten Endes nur zur weiteren Verheimlichung der dunklen Waffenschließungsgeschichte.

Die geheimen Waffenlager, die entgegen den Bestimmungen des Entwaffnungsgesetzes und des Friedensvertrags angelegt und beschützt wurden, sind also nach bayerischem Recht „militärische Geheimnisse“, deren Bekanntgabe an die Entente strafbar ist. Das wird die Entente interessieren und ihr Vertrauen in den guten Willen Deutschlands, den Friedensvertrag auszuführen, sicherlich sehr schaden.

Die Mordaffäre Dobner ist vertuscht worden wie wir vorausgesehen haben. Wozu haben wir denn auch eine verächtliche „Justiz“!

Die deutsche Justiz sät zur Herausforderung des Rechtsgefühls des deutschen Volkes nun auch noch die der Entente! Es gilt nach Richter in München.

### Ein Nachspiel zu dem Glensburger Mord.

Wie Minister Severing in der Landtagsversammlung mitgeteilt hat, ist Major v. Plüskow, der Leiter der Exekutive bei der Erschießung Hoffmanns, der ursprünglich nur von seinem Posten suspendiert worden war, nunmehr aus der Schutzpolizei entlassen worden. Der Oberregierungsrat der die Absendung eines nicht zutreffenden Berichts an den Minister des Innern nicht verhindert hat, ist nach einer andern Stadt versetzt worden.

Und wie steht es mit dem Strafverfahren gegen die Mörder? Warum sind sie nicht längst in Haft, damit sie nicht eine Völgergemeinschaft nach bekanntem Marburger Muster bilden können?

Ueber den falschen Bericht, der dem Minister erstattet wurde, muß die Versenklichkeit Näheres hören.

### Sturz der Reaktion in Mecklenburg.

Berlin, 15. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Bei der Wahl eines Ministerpräsidenten in Mecklenburg-Schweriner Landtag wurden 82 Stimmsettel, davon 3 unbeschrieben, abgegeben. Von den abgegebenen Stimmschiffen 31 der Sozialdemokraten und Demokraten auf den bisherigen Staatsminister des Innern Stellung (Sozialdemokrat) und 20 Stimmen der Deutschen Volkspartei, des Reichsbundes und der Deutschnationalen auf den bisherigen Ministerpräsidenten Dr. Reinhold (Deutsche Volkspartei). Staatsminister Stellung nahm die Waffel an. Die Wahl der übrigen vier Mitglieder des Ministeriums soll am nächsten Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, stattfinden.

### Jur Auflösung der C. G. T. (Allgemeiner Arbeitbund, Gewerkschaftsbund) in Frankreich.

Berlin, 15. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die C. G. T. veröffentlicht eine Kundgebung, in der sie gegen das Urteil, das ihre Auflösung verlangt, protestiert. Sie erklärt, die Arbeiter würden nicht dulden, daß die Arbeiterbewegung unterdrückt wird. Auch der der alten sozialdemokratischen Partei angehörende Ausschuh der sozialdemokratischen Partei der Seine hat gegen die Auflösung protestiert und die parlamentarische Gruppe beauftragt, die neue Regierung über diese Frage zu interpellieren. Ebenso hat der leitende Ausschuh der sozialistischen Partei (Kommunisten) gegen die Auflösung der C. G. T. einen Protest veröffentlicht. Die Presse nimmt im allgemeinen die durch das Urteil geschaffene Lage nicht so tragisch. Echo de Paris meint, man solle sich kein falsches Bild über die drahtlichen Folgen dieser Entscheidung machen, immerhin bedeute sie einen ersten Schlag für die Moral der Rechtsprechung.

### Die Justiz der Gegenrevolution.

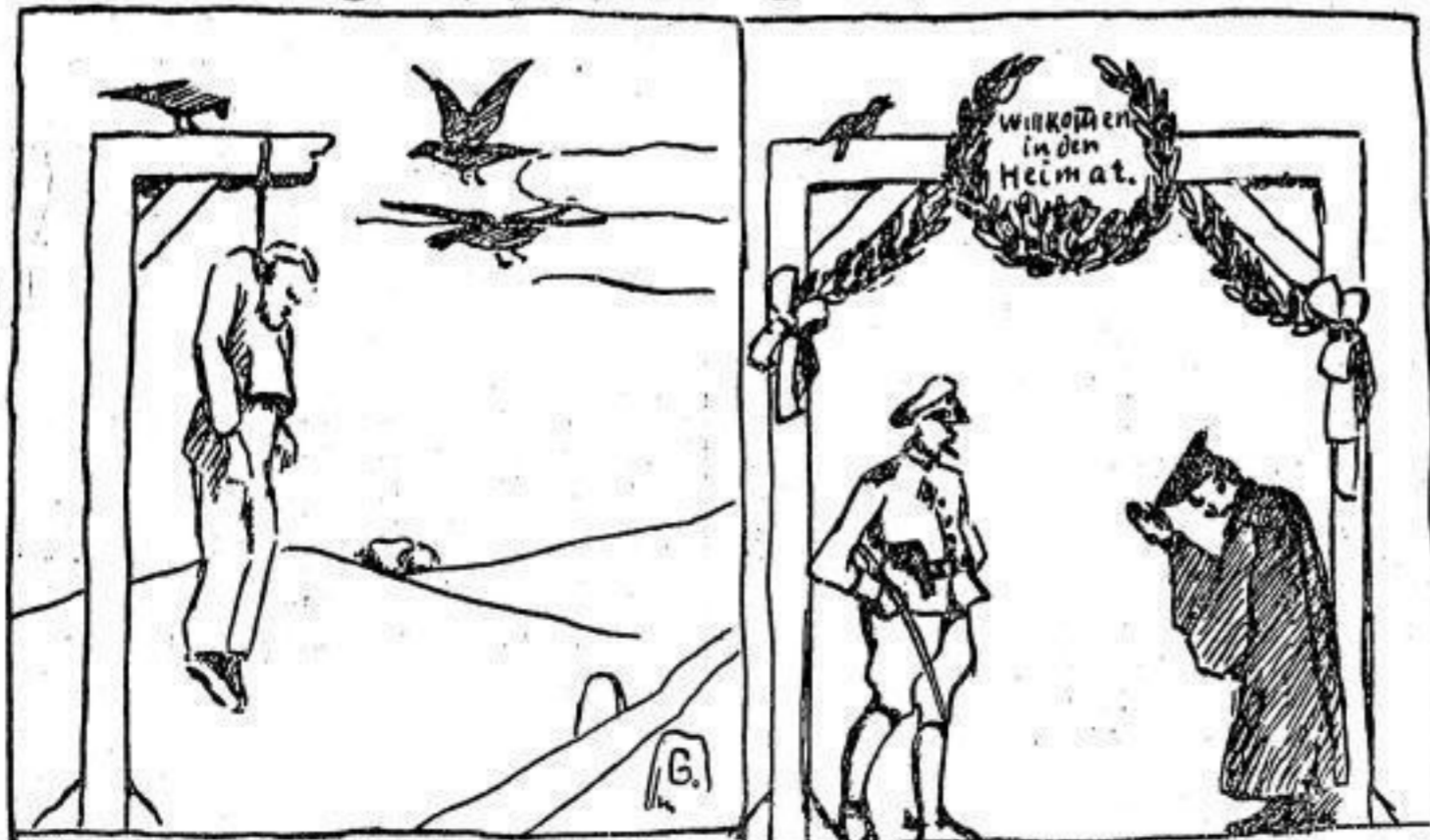
Berlin, 15. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Antrag des Genossen Dr. Weinberg auf Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs ist gestern dem Staatsanwaltschaftsrat Dr. Drimann übergeben worden zur weiteren Erledigung. Wie man uns meldet, wird Dr. Drimann über den Antrag erst entscheiden können, wenn die Akten über den Mordprozeß vom Straßensatz des Kammergerichts der Staatsanwaltschaft II zugeestellt sein werden. Der Straßensatz des Kammergerichts hat diese Akten zur Orientierung erhalten, da er über die Beschwerde der Staatsanwaltschaft II wegen der Amnestierung des Oberleutnants Vogel zu entscheiden hat. Sobald die erwähnten Gerichtsakten dem Staatsanwaltschaftsrat Dr. Drimann wieder zugegangen sein werden, wird er nach neuem Verhör des Husaren Ronge seine Entscheidung treffen. Vor Mitte nächster Woche sei dies jedoch nicht zu erwarten.

Am zweiten Jahrestag der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs kommt diese Meldung. Als Aufruf für die Demonstrationen und Gedenkfeste der Arbeiterklasse. Am zweiten Jahrestag der Mordtat wollen wir noch nicht, ob das Gedächtnis des Husaren Ronge genügen wird, um endlich das Verfahren gegen die Mörder wieder aufzunehmen, wissen wir noch nicht, ob einer der Hauptbeteiligten an der Mordtat, der Oberleutnant Vogel, amnestiert wird oder nicht. Wie wir auch noch nicht wissen, ob der Hauptschuldige an einer andern bestialischen Menschenmordtätigkeit, der Hauptmann v. Kessel, nach dessen Bestrafung das Blut von 29 gemordeten Matrosen schreit, der Amnestie teilhaftig werden wird.

Nichts könnte der deutschen Arbeiterklasse den weit gediehenen Vormarsch der Gegenrevolution, den künstlichen Niedergang der Revolution seit dem 9. November 1918 trasser zeigen, als die Taten der deutschen Justiz, die sich in der letzten Zeit gehäuft haben. In der „Rechtspflege“ hat die Reaktion ihr stärkstes Bollwerk behalten — kein Wunder, da das Personal der Gerichte, die Richter und Staatsanwälte noch genau dieselben sind wie zur wilhelminischen Zeit, von der her sie gewöhnt gewesen sind, als Werkzeuge der Staatsmafia, als Schutzgarde der Bourgeoisie gegen das Proletariat zu wirken. Die deutsche Justiz ist in politischen Prozessen von lecher willkürliche Magd der Reaktion gewesen, ein politisches Werkzeug, darauf die Machthaber spielen konnten, wie sie es für nötig fanden. Die Tendenzjustiz, die schon vor dem Sozialistengesetz gegen die deutsche Sozialdemokratie grüßte, die dann durch das Sozialistengesetz um die letzten Hemmungen gebracht wurde, die unter neuem Kurs in derselben Weise weiter funktionierte, im Löbtauer Streikprozeß und vielen ähnlichen Verfahren sich skrupellos als Geschäftsführerin des Unternehmertums gegen die Arbeiterklasse prostituierte und prompt auf das Gebot Wilhelms II. einschwenkte: „Zuchthausstrafe dem, der anders als freiwilliger Arbeiter handelt!“, diese Politik hat jetzt exzessiveren Justiz ist die legitime Mutter der Justiz der Gegenrevolution, die wir jetzt in der Republik Deutschland am Werke sehen. Nur daß heute, in der Zeit der aufs äußerste zurückspringenden Klassenoppositen, da sich die Bourgeoisie in ihrer Herrschaft weit unmittelbarer bedroht sieht als jemals vorher, diese Klassenjustiz noch weit schärfer, noch unverhüllter und rückwärtsleier in Erscheinung tritt als vor der Revolution. Von dem Freispruch der Mörder Liebknechts und Rosa Luxemburgs über den Freispruch Marlohs und die Komödie der ausgelegten Verfolgung des Franken, aber in den Kapptagen quetschgesunden Hauptmanns v. Kessel bis zu dem freisprechenden Urteil im Prozeß gegen die Marburger Mörderstudenten zieht sich eine lächerliche Kette solcher Tendenzurteile und Handlungen deutscher Richter und Staatsanwälte durch die zwei Jahre der deutschen Republik, eine lächerliche Kette schwerster Herausforderungen des Rechtsbewußtseins des deutschen Proletariats, eine lächerliche Kette unverhüllter Prostituirungen der Justiz zur politischen Waffe der Bourgeoisie.

Die deutschen Richter, denen die Revolution die Unantastbarkeit ihrer Ämter sehr voreilig gesichert hatte, schämen sich mit dem Voranschreiten der Gegenrevolution so sehr, daß sie jetzt vor den stärksten Stößen nicht mehr zurückweichen. In der ersten Zeit nach der Revolution mußten sie ihren antirevolutionären, antirepublikanischen und antiproletarischen Gesinnungen ja einen Zwang antun. Aber als die Herren sahen, daß die Rechtssozialisten in der Tat nicht daran dachten, die Pfänder der Richter anzutasten, wagten sie sich gar bald mehr heraus. Und da die Rechtssozialisten infolge ihrer Verstrickung in die Gegenrevolution

### Fortschritt der Zivilisation.



Einmal — war der Mörder vogelfrei. Heute — wird der Mörder Vogel frei.